



Mit den „WIDE-Updates“ bieten wir Einblicke in feministische Diskussionen zu „Gender & Development“ – Analysen und Positionen zu Geschlechtergleichstellung und für soziale Gerechtigkeit

WIDE-Update 4/2022

## Geschlechtergerechtigkeit und Energie

### Für eine sozial-ökologische Energiewende

#### Inhalt

- Einleitung 1
- Energie- und Nahrungsmittelkrise 2
- Zugang von Frauen\* zu Energie 4
- Ressourcenflucht & Gender-Backlash 6
- Gendergerechte Energiewende 10
- Akteur\*innen zu Gender und Energie 13

#### Einleitung

Der Zugang zu leistbarer Energie ist plötzlich zu einem tagespolitischen Thema geworden, das uns alle betrifft. Die europäische Abhängigkeit von russischem Gas wird ernsthaft hinterfragt, aber Gas dann gerne einfach von woanders her beschafft.

Obwohl wir wissen, wie nahe wir an Kipp-Punkten sind, rasen wir weiter in Richtung „Klimahölle, mit dem Fuß am Gaspedal“, wie es UN-Generalsekretär Antonio Guterres bei seiner Eröffnungsrede der COP27 drastisch ausgedrückt hat.

Die Energiewende ist vordringlicher denn je – wie aber kann sie sozial gerecht gestaltet werden, ohne weitere Zerstörung der Lebensgrundlagen der Menschen im Globalen Süden?

In diesem Newsletter geht es um den Zusammenhang von Geschlechtergerechtigkeit und Zugang zu sauberer Energie.

Der Fokus liegt auf einer feministischen Perspektive, die zeigt, dass eine echte Energiewende weit mehr ist als der bloße

Umstieg von fossilen auf erneuerbare Energien, sondern eine grundlegende Transformation der sozialen und wirtschaftlichen Organisation von Energie erfordert.

Die aktuelle Energiekrise hat vielfältige Ursachen und noch mehr Folgewirkungen. Der von Russland gegen Ukraine geführte Krieg hat in Europa zu Gasknappheit und hohen Energiepreisen geführt. In Ukraine wurde zuletzt die Energieinfrastruktur massiv zerstört und mehrere Millionen Menschen von der Stromversorgung abgeschnitten.

Die Folgen des Kriegs sind zudem für die Ernährungssituation, Gesundheit und Existenzmöglichkeiten von bereits benachteiligten Frauen\* und verarmten Bevölkerungsgruppen im Globalen Süden massiv.

Bereits im Vorjahr waren über 800 Millionen Menschen chronisch unterernährt. Die steigenden Energiekosten haben die Lebensmittelpreise in die Höhe schnellen lassen, auch deshalb, weil die industrielle Landwirtschaft stark von fossilen Brennstoffen für chemische Pestizide, Düngemittel oder Maschinen und Transport abhängig ist.

In vielen Ländern des Globalen Südens ist die Versorgung des Haushalts mit Biomasse als primärer Energiequelle eine zeitintensive Aufgabe von Frauen\* und Mädchen\*.

Ein Zugang zu sauberer Energie würde es ihnen ermöglichen, ihre Zeit stattdessen für Freizeit, Erwerbsarbeit oder Bildung zu nutzen. Jedoch wäre es ein Trugschluss anzunehmen, dass allein der Zugang zu

Energie das strukturelle Problem Sexismus lösen würde. Eine wichtige Rolle spielt der Transfer von Wissen unter Frauen\* und zwischen Ländern des Globalen Südens, um sich selbst zu ermächtigen und Handlungsmacht aufzubauen. Hierbei steht Geschlechtergerechtigkeit im Energiezugang im Kontext globaler Trends wie Dezentralisation, Leistbarkeit, Zugang zu mobilen Zahlungen, weiblichen Unternehmer\*innen als Vorbildern, Urbanisierung und steigenden Bewohner\*innenzahlen in humanitären Einrichtungen.

Rohstoffabhängigkeit verschärft soziale Konflikte und befeuert die Klima- und ökologische Krise zugleich.

In der Energiebranche herrscht einerseits auf Beschäftigungsebene eine starke Geschlechterungerechtigkeit, da weibliche Angestellte in der Energiebranche in der Minderheit sind. Andererseits stehen Frauen\* und indigene Gemeinschaften oftmals an den Frontlinien der fossilen Ausbeutung, sei es im internationalen Kampf gegen Atomtechnologie oder in lokalen Bewegungen gegen Erdöl-Pipelines.

Auf rechtlicher und politischer Ebene wirkt der internationale Energie-Charta-Vertrag kontraproduktiv für den Ausstieg aus fossiler Energie, da auf dieser Basis Energiekonzerne Staaten wegen Verboten von fossilen Projekten auf verhinderte zukünftige Profite verklagen können.

Jedoch gibt es auch Lichtblicke: Mehrere Staaten haben angekündigt, aus dem Energie-Charta-Vertrag aussteigen zu wollen – das sollten auch Österreich und die EU tun! Einige junge Menschen haben Nationalstaaten für unterlassenen Klimaschutz verklagt; und die österreichische Umweltministerin reichte jüngst Klage gegen die neue EU-Klassifizierung von nachhaltiger Energie ein, wonach sowohl Atom- als auch Gasenergie als nachhaltig klassifiziert werden.

Wie kann eine geschlechtergerechte Energiewende also aussehen? Einerseits muss die Energieproduktion auf erneuerbare Quellen umsteigen, um die Erderwärmung auf unter 1,5°C zu beschränken. Jedoch darf dieser Wandel koloniale Kontinuitäten nicht weitertragen. Partizipation kann sicherstellen, dass Stimmen marginalisierter und betroffener Gruppen gehört werden, die Sichtbarkeit dieser Gruppen gewährleistet wird und dass Entscheidungen über Energie

demokratisch getroffen werden. Es muss sich also auch der politische Rahmen ändern, wie zum Beispiel durch eine Umverteilung der Einnahmen aus der CO<sub>2</sub>-Steuer auf Länder des Globalen Südens, die immer dringender eine Kompensation für die durch fossile Ausbeutung erlittenen Schäden („Loss and Damage“) benötigen.

Zuletzt werden Akteur\*innen vorgestellt, die sich der Umsetzung von Geschlechter- und Klimagerechtigkeit verschreiben und entscheidende Arbeit durch politische Arbeit, Vernetzung, Forschung und konkrete Projekte leisten.

Wir hoffen, mit diesem WIDE-Update auf den Zusammenhang von Geschlechtergerechtigkeit und Energie aufmerksam zu machen und zu zeigen: die Klimakrise können wir nur sozial gerecht lösen.

Das Redaktionsteam

## Kriegsfolgen: Energie- und Nahrungsmittelkrise

### UN WOMEN: Hunger und Energiearmut von Frauen\*

In einem aktuellen Report fasst UN WOMEN Informationen zu den verheerenden regionalen und globalen Folgen des Kriegs Russlands gegen Ukraine in Bezug auf gestiegene Gender-Ungleichheit, Ernährungsunsicherheit und Energiearmut zusammen.

Die hohen Energie- und Lebensmittelpreise bedrohen akut die Ernährungssituation, Gesundheit und Existenzmöglichkeiten von bereits benachteiligten Frauen\* im Globalen Süden. Die leichte Erholung der Weltwirtschaft wurde durch die Lieferengpässe und in die Höhe geschellten Preise für Treibstoffe, Lebensmittel und Düngemittel wieder zunichte gemacht.

Die gestiegene Energiearmut von Frauen\* ist ein Trend, der schon mit der COVID-Krise begonnen hat. Während zwischen 2010 und 2020 deutliche Fortschritte im Zugang zu Elektrizität und sauberen Kochmethoden gemacht wurden, wodurch die Zahl von Menschen (überwiegend Frauen\* und Kinder), die an den Folgen von Luftverschmutzung im Haushalt gestorben sind, deutlich sank

(von 4,3 Millionen Todesfällen 2012 auf 3,2 Mio. 2020), so hat sich seit 2020 der Zugang vieler Menschen zu „sauberer“ Haushaltsenergie wieder verringert. Vielerorts wird wieder auf gesundheitsschädlichere Brennmaterialien aus Biomasse zurückgegriffen, was auch mit vermehrter unbezahlter Arbeit von Frauen\* einhergeht.

UN WOMEN kritisiert, dass die hohen Energiepreise als Legitimation zur Umsetzung neuer extraktivistischer Vorhaben dienen, obwohl sie bekanntlich Frauen\*, lokale Bevölkerungen und die Umwelt massiv schädigen. Es wird darauf hingewiesen, dass sowohl in Ukraine als auch weltweit nur 22 Prozent der Beschäftigten im Öl- und Gassektor Frauen\* sind, während ihr Anteil im Sektor der erneuerbaren Energien 32 Prozent beträgt. Die Schaffung neuer Arbeitsplätze in diesem Sektor würde demnach den Lebensunterhalt von Frauen\* verbessern und das Geschlechtergleichgewicht in einer männerdominierten Branche fördern, sowie zur Erholung vom Krieg und zur Verwirklichung der Ziele für nachhaltige Entwicklung beitragen.

Ein grundlegendes Fazit des Reports ist, dass ein Wirtschaften basierend auf fossilen Energieträgern, angesichts der ökologischen, wirtschaftlichen und sozialen Risiken, die den Planeten und das Leben, die Existenzgrundlage und das Wohlergehen von Frauen\*, Mädchen\* und allen Menschen bedrohen, einfach nicht mehr tragfähig sind. „Es war nie dringender als jetzt, geschlechtergerechte, klimaresistente und nachhaltige Nahrungsmittel- und Energiesysteme einzuführen, in deren Mittelpunkt Frauen und Mädchen\* stehen“. Viele Länder des globalen Südens haben nach zweieinhalb Jahren Pandemie keinen budgetären Spielraum, um die Krise durch öffentliche Maßnahmen abzufedern, und sie stehen seitens der internationalen Finanzinstitutionen zusätzlich unter Spardruck. Viele Geldgeber haben zuletzt hohe Mittel für die Bewältigung der Ukraine-Krise aufgewendet und anderswo abgezogen.

Es brauche eine erneuerte globale Solidarität und einen „feministischen Multilateralismus“, um alle von der Krise betroffenen Menschen zu unterstützen, indem die Nahrungsmittelsoforthilfe kurzfristig aufgestockt wird und längerfristig die Nahrungsmittel- und Energiesysteme umgestellt werden. Last but not least braucht

es geschlechtergerechte öffentliche Dienstleistungen und den Ausbau von sozialer Sicherheit für eine nachhaltigere Zukunft. (CT)

UN WOMEN (2022): [Global Gendered Impacts of the Ukraine Crisis on Energy Access and Food Security and Nutrition](#)

## Abhängigkeit von energieintensiver Agrarindustrie verschärft Hunger und Mangelernährung

Akute Hungersnöte und hungerähnliche Zustände werden durch die Auswirkungen multipler Krisen verschärft, darunter die anhaltenden Auswirkungen von Pandemien und der Klimakrise, sowie eine zunehmende Zahl von bewaffneten Konflikten wie jüngst dem russischen Angriffskrieg auf die Ukraine. Energiepreisschocks haben die Volatilität der Lebensmittelpreise verstärkt und die Lebensmittelpreise in die Höhe getrieben.

Turbulenzen auf den Energiemärkten wirken sich unmittelbar auf die Ernährungssicherheit aus, denn klimaschädliche fossile Brennstoffe spielen eine Schlüsselrolle in der agroindustriellen Produktion und Verteilung. Erdgas ist beispielsweise für die Herstellung von Düngemitteln auf Stickstoffbasis entscheidend.

Steigende Energiepreise treiben daher die Inflation der Lebensmittelpreise weltweit an, denn das derzeitige industrielle Landwirtschaftssystem ist in hohem Maße abhängig vom massiven Einsatz teurer, von fossilen Brennstoffen abhängiger chemischer Pestizide, Düngemittel, Elektrizität, Maschinen und Transportmittel. Die hohen globalen Energiepreise wirken sich direkt auf die Nahrungsmittelproduktion und -verteilung aus und verstärken die Ernährungsunsicherheit in der Welt.

In einem Policy-Paper zu globalen Gender-Auswirkungen des Ukraine-Krieges auf den Zugang zu Energie und Ernährungssicherheit (siehe auch Beitrag oben) kommt UN-Women zu dem Schluss, dass die staatlichen Finanzierungen in Milliardenhöhe, die derzeit weltweit in fossile Energien und agrarindustrielle Landwirtschaft fließen, sinnvoll umverteilt werden könnten, um eine geschlechtergerechte und nachhaltige Energie- und Ernährungswende voranzutreiben.

Auf globaler Ebene haben Unterbrechungen der Nahrungsmittelversorgung, steigende

Nahrungsmittelpreise und der begrenzte Zugang zu Düngemitteln infolge des Kriegs in der Ukraine kaskadenartige Auswirkungen auf die Ernährungssicherheit und die Ernährung von Frauen\* und Mädchen\*: 2019 waren 49,1 Millionen mehr Frauen\* (ab 15 Jahren) als Männer\* von Hunger betroffen. Diese Zahl stieg im Jahr 2021 drastisch an: 126,3 Mio. mehr Frauen\* hungerten als Männer\*.

Angesichts dieser Verschlechterung der Ernährungssituation von Frauen\* und Mädchen\*, welche durch die energie-, dünger- und pestizidabhängige Landwirtschaft verschärft wird, sind Beobachtungen von intransparenten Partnerschaften der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO) mit Unternehmen, welche ihre Profite mit Agrochemie machen, besonders besorgniserregend.

Eine aktuelle Studie von *Corporate Accountability* und *FIAN International* mit PAN zeigt den zunehmenden Einfluss des Privatsektors auf die FAO auf.

Partnerschaften etwa mit dem Handelsverband *CropLife International* (CLI), dem die großen Pestizid- und Saatgutunternehmen wie BASF, *Bayer Crop Science* und *Syngenta* angehören, oder der *International Fertilizer Association* (IFA) sind unvereinbar mit dem Mandat der FAO – denn die setzt zur Verbesserung der globalen Ernährungssituation ausdrücklich auf Agrarökologie und Pestizidreduktion.

Um in Zeiten steigender Energiepreise weitere negative Auswirkungen der Abhängigkeit von energie-intensiven Ernährungssystemen auf die Verwirklichung des Menschenrechts auf Nahrung abzuwenden, fordern die Studienautor\*innen, dass die FAO diese Partnerschaften umgehend beendet und stattdessen die Umsetzung von geschlechtergerechten agrarökologischen und klimaresistenten landwirtschaftlichen Strategien, Praktiken und Programmen beschleunigt, welche die Abhängigkeit von Dünger, Pestiziden und anderen Betriebsmitteln auf der Basis fossiler Brennstoffe verringern. (TW)

UN WOMEN (2022): [Global Gendered Impacts of the Ukraine Crisis on Energy Access and Food Security and Nutrition](#)

Corporate Accountability & FIAN International (Mai 2022): [Corporate Capture of FAO: Industry's Deepening Influence on Global Food Governance](#)

## Zugang von Frauen\* zu Energie

### Oxfam: Frauen\*spezifische Energiearmut im Globalen Süden

Ein Report über Energiebedürfnisse, -zugang und -versorgung von Frauen\* und Mädchen\* des Globalen Südens von Rebecca Rewald aus 2017 ist Teil einer Reihe von wissenschaftlichen Publikationen namens „Research Backgrounders“ von Oxfam USA zum Thema internationale Entwicklung und gibt einen guten Überblick über das Thema.

Der Report umfasst grundlegende Aspekte von Energiearmut, geschlechterspezifische Energiebedürfnisse und möglichen Verbesserungen für Frauen\* im Zusammenhang mit Energiezugang. Zudem liefert der Text Argumente, warum die alleinige Versorgung mit Energie nicht automatisch zur Verbesserung der Lebenssituation von Frauen\* und Mädchen\* führt.

Die *International Energy Agency* definiert Energiearmut als fehlender Zugang zu Elektrizität im Haushalt und die Abhängigkeit von Biomasse zum Kochen. Weil Haushaltstätigkeiten mehrheitlich von Frauen\* geleistet werden (auch: unbezahlte Sorgearbeit), sind vor allem Frauen\* von Energiearmut betroffen. Um den essentiellen Aufgaben im Haushalt nachzukommen, sind es auch Frauen\*, die die Energieträger dafür beschaffen, zum Beispiel Holz für das Kochen mit Feuer.

Arme Menschen des Globalen Südens verwenden als primäre Energiequelle zum Kochen tierische oder pflanzliche Biomasse wie Dung oder Holz, da diese Energiequellen kostenlos zur Verfügung stehen. Für die Beschaffung sind zumeist Frauen\* und Mädchen\* verantwortlich. Neben den negativen Auswirkungen auf die Umwelt durch Rodungen sind diese Energiequellen schädlich für die Gesundheit der Frauen\* und Mädchen\* durch Gefährdung der Atemwege und sind in ihrer Beschaffung zeitintensiv.

Laut einer WHO-Studie zu 22 afrikanischen Ländern aus 2016 verbringen Frauen\* und Mädchen\* bis zu zwei Stunden täglich für die Beschaffung von Brennholz, mit steigender Tendenz, da verfügbare Ressourcen knapper werden und längere Wege dafür in Kauf genommen werden müssen.

Mit längeren Strecken wächst zudem das Risiko für sexuelle Übergriffe. Energiearmut führt also vor allem bei Frauen\* und Mädchen\* dazu, dass Aufgaben zum täglichen Überleben viel Zeit in Anspruch nehmen, die für andere Tätigkeiten wie Erwerbsarbeit, Bildung, Freizeit oder Engagement für gemeinschaftliche Tätigkeiten fehlt.

Obwohl die negativen Folgen von Energiearmut für Frauen\* und Mädchen\* bekannt sind, zeigt der Report, dass nur unzureichend Forschung über die Effekte von verbessertem Energiezugang auf Frauen\* existiert, um kausale Zusammenhänge oder generelle Schlüsse zu ziehen. Für manche Bereiche finden sich jedoch genug Beweise, beispielsweise beim Zugang zu Radio und TV. Elektrizität wird neben Beleuchtung vor allem für den Betrieb von Radios und TVs genutzt, was den Zugang zu Informationen erleichtert und das Empowerment von Frauen\* und Mädchen\* stärkt. Manche Studien berichten sogar von erhöhtem Bewusstsein für Frauen\*rechte und einem Rückgang von häuslicher Gewalt infolge von Elektrifizierung.

Die Energieversorgung für energiearme Haushalte im Globalen Süden wird dennoch nicht automatisch zur Verbesserung der Situation für Frauen\* und Mädchen\* beitragen. Das liegt einerseits an dem sogenannten „fuel stacking“ – dem gleichzeitigen Nutzen von verschiedenen Energiequellen, zum Beispiel Biomasse, obwohl auch ein Zugang zu effizienteren Quellen vorhanden ist.

Dies geschieht unter anderem deshalb, weil traditionelle Energiequellen kostenlos, zuverlässiger und bequemer sind. Andererseits spielt die begrenzte Mitsprache von Frauen\* und Mädchen\* eine große Rolle, da ihre Bedürfnisse nicht repräsentiert werden, zum Beispiel, wenn es um die Wahl der Energiequelle im Haushalt oder um die Adaption von neuen Technologien wie Solarenergie, die traditionellerweise in das Aufgabengebiet von Männern\* fällt, geht.

Aus diesen Gründen verfehlen viele Energieprojekte ihr Ziel, Geschlechtergerechtigkeit herzustellen und tragen lediglich dazu bei, dass Frauen\* ihre unbezahlten Sorgearbeiten weiterhin ausüben können, anstatt zur Auflösung der traditionellen Aufgabenverteilung.

Bislang bleibt die Verbindung der Themen erneuerbare Energie und Geschlechtergerechtigkeit ein wenig erforschtes Feld.

Die Forschung ist sich der Wichtigkeit von Energie für energiearme Haushalte bewusst, klammert jedoch häufig die Frage aus, woraus und wie diese Energie produziert wird. Der Report gibt am Ende eine Übersicht über den Stand der Forschung von 2017, wofür es starke, geringe oder kaum Evidenz gibt, und liefert Vorschläge für politische Maßnahmen zur geschlechtergerechten Reduktion von Energiearmut. (PF)

Rebecca Rewald (2017): [Energy and Women and Girls: Analyzing the Needs, Uses, and Impacts of Energy on Women and Girls in the Developing World](#)

### **Klimakollekte: Effizienter und gesünder Kochen in Uganda**

Auch in der Diözese Masaka, Uganda, wird, in der überwiegenden Mehrheit der ländlichen Haushalte, am offenen Feuer gekocht, traditionell von Frauen\*. Die Brennholzbeschaffung kostet vorwiegend Frauen und Mädchen viel Zeit und immer häufiger auch Geld, da die Ressource immer knapper wird. Zusätzlich steigt mit den immer längeren Wegen auch das Risiko, Opfer sexueller Gewalt zu werden.

Raumluftverschmutzung stellt zudem ein schwerwiegendes Gesundheitsrisiko dar. Um diese negativen Auswirkungen vor allem für Frauen und Mädchen zu verringern, vertreibt Caritas MADDO energieeffiziente Kochherde zu einem erschwinglichen Preis, subventioniert durch „Carbon Credits“.

Um eine Veränderung auf lokaler Ebene zu erreichen wurden die Kochherde partizipativ und auf Basis einer Befragung der, vorwiegend Köchinnen ausgewählt, denen neben der Reduktion des Brennholzverbrauches und der Langlebigkeit der Herde, vor allem die Reduktion der Rauchbelastung ein großes Anliegen war. Die Frauen können ihre Bedürfnisse und Kochgewohnheiten in die Auswahl der Herde einfließen lassen und während einer Testphase deren Qualität und Nutzer\*innenfreundlichkeit einschätzen. Der ausgewählte Herd war zwar nicht der effizienteste der getesteten Herde aber die Mehrzahl der beteiligten Frauen bestand auf einem Herd mit Rauchfang, um die Rauchbelastung in der Küche zu eliminieren.

Da der ausgewählte Herd spart demnach bis zu 5t CO<sub>2</sub> und 63% Feuerholz pro Jahr ein.

Da die Entscheidung über finanzielle Investitionen oft von Männern getroffen wird und ein effizienter Herd hier nicht immer erste Priorität hat, haben sich bereits einige Frauengruppen gemeinsame Mikrokredite aufgenommen, um den reduzierten Kaufpreis für die Herde bezahlen zu können. Andere Frauen erzählen davon, mehr Zeit für das Anfertigen von Alltagsgegenständen wie Körben und Matten zu haben und dadurch mehr eigenes Einkommen zu haben, oder einen zweiten Herd für ihr Business anzuschaffen zu wollen.

Das Projekt „Energieeffiziente Kochherde in Uganda“ wurde von der österreichischen Entwicklungsorganisation HORIZONT3000 gemeinsam mit *Caritas MADDO* als Klimaschutzprojekt entwickelt und wird von *Caritas MADDO* (Masaka, Uganda) durchgeführt. Das Projekt wird im Rahmen der Klimakollekte durch einen Zuschuss der DKA Österreich und den Erlös aus der Emissionsreduktion finanziert. (ML)

Klimakollekte (o.J.): [Energieeffiziente Kochherde in Uganda](#)

### **Solar-Energie: Technologie-Transfer von Frauen an Frauen**

Ein geschlechtsspezifisch ausgerichtetes „grassroots“-Projekt zu grüner Energie des Rural Women Development Center in Kamerun konzentriert sich auf die Bereitstellung von Solarstrom zu niedrigen Kosten für Gemeinden. Dabei stützt es sich auf Süd-Süd-Technologietransfer durch Frauen(-organisationen) aus Indien und Kamerun, die sich Capacity Building zu Umweltschutz und die Schaffung von alternativen Einkommen zur Aufgabe gemacht haben. Es versorgt Haushalte mit Solarstrom, setzt auf Wiederaufforstung und ermächtigt Frauen durch Trainings. (EL)

Women and Gender Constituency (o.J.): [South-south, grassroots women based technology transfer for solar electricity](#)

### **Globale Trends beim gendergerechten Zugang zu Energie**

Aus einem Sammelband des Instituts für Entwicklungsforschung der Universität von Sussex, der sich dem Thema Gender, Energie

und Unternehmer\*intum widmet und sich an Menschen in Entscheidungspositionen und in der Entwicklungsarbeit richtet, möchten wir den ersten Artikel von Rebecca Pearl-Martinez vorstellen, da er eine Übersicht globaler Trends in der Art und Weise der Energiebereitstellung und ihre jeweiligen Implikationen für Geschlechtergleichstellung gibt.

Die Autorin stellt sechs Trends in der Energiebereitstellung vor: (1) Dezentralisation und (2) Leistbarkeit der Energiedienstleistungen, (3) Zugang zu mobilen Zahlungen, (4) weibliche Unternehmer\*innen, (5) Urbanisierung und informelle Siedlungen, und (6) zunehmend mehr Menschen, die in humanitären Einrichtungen leben. Die ersten vier Trends begünstigen Geschlechtergleichstellung, die letzten zwei behindern diese.

Der Artikel – der allerdings vor der aktuellen Energiekrise verfasst wurde – beschreibt jeden dieser Trends und widmet sich der Frage: Was begünstigt oder behindert die Gleichstellung der Geschlechter beim Zugang zu Energie? Abschließend werden Vorschläge für politische Maßnahmen herausgearbeitet, die über den Tellerrand der technologischen Lösungen schauen sollen und sich mit der Organisierung von Energieversorgung beschäftigen. Hierbei steht die Gleichstellung der Geschlechter und die Bekämpfung sozialer Ungerechtigkeit im Zentrum.

Ein Blick auf die weiteren Artikel lohnt sich ebenfalls; der Schwerpunkt liegt hier vor allem auf Gender und Unternehmer\*intum im Energiebereich, welches zentrales Element in der Entwicklungszusammenarbeit ist. (PF)

Rebecca Pearl-Martinez (2020): [Global Trends Impacting Gender Equality in Energy Access](#)

### **Ressourcenfluch und Gender-Backlash**

### **Russland: Rohstoffabhängigkeit und (Gender-)Ungleichheit**

In einem Artikel auf *dekoder*, einem online-Medium, das kritische Stimmen aus Russland und Belarus der deutschsprachigen Öffentlichkeit zugänglich macht, wurde Ende 2019 der Auszug aus einem Buch des Historikers Alexander Etkind vorgestellt, in dem er die Folgen der Rohstoffabhängigkeit in Russland erläutert.

Während eine kleine Elite im Land profitiert (und ihren Reichtum zu einem Gutteil außer Landes schafft), werden die öffentlichen Institutionen im Land geschwächt und eine nachhaltigere wirtschaftliche Entwicklung, die breiten Bevölkerungsschichten zugutekommen würde, blockiert. Dahinter stehen politische Entscheidungen; es könnte auch anders mit den Einnahmen umgegangen werden. Aber ist einmal ein bestimmter Pfad eingeschlagen, wird er zum Selbstläufer.

„In Russland, im Iran, in Venezuela und Nigeria können wir einen Teufelskreis der Rohstoffabhängigkeit beobachten. Diese Staaten zerstören Humankapital, weil sie Rohstoffe fördern und dabei keine vernünftige Verwendung von Rohstoffeinnahmen auf die Beine stellen. Wenn sie sich dann mit mangelnder Kompetenz, schrumpfender Produktivität und kaputten Institutionen konfrontiert sehen, werden sie noch abhängiger von den natürlichen Ressourcen.

Diese Gesellschaften kommen von einer Krise in die nächste und verschmutzen dabei die Umwelt. Folge dieser umgekehrten Entwicklung ist eine Entmodernisierung, der Verlust des bereits erreichten Bildungs- und Gleichheitsniveaus, die zunehmende Lähmung der Gesellschaft und die Willkür des Staates.“

Etkind verweist auch auf spezifische Gender-Ungleichheitsstrukturen: „Nach UNO-Angaben ist die Ausbeutung von Bodenschätzen weltweit – neben der Rüstungsindustrie – derjenige Wirtschaftssektor mit der stärksten Gender-Ungleichheit. Zu dem einen Prozent der Bevölkerung, das in der Öl- und Gasindustrie beschäftigt ist, muss man weitere rund fünf Prozent hinzurechnen, die die Pipelines, Geldströme und Oligarchen bewachen. All diese Soldaten, Offiziere und Wachleute sind ebenfalls Männer\*.“ Er folgert, die „politökonomischen und die genderpsychologischen Merkmale dieses Menschentyps“ ließen sich mit „Öl-Macho“ zusammenfassen; eine pointierte Bezeichnung, die zwar den Klassenunterschieden der in unterschiedlichen Funktionen beteiligten Männer\* nicht gerecht wird, aber auf das strukturelle Problem von Sexismus in diesem Kontext verweist. (CT)

Etkind, Alexander (17.12.2019): [Abhängig – Die Öl-Krankheit](#)

## Österreich: Sexismus im OPEC-Entwicklungsfonds

Der in Wien angesiedelte „OPEC Fund for international Development“ wurde 1976 von Mitgliedsländern der Organisation erdölexportierender Länder (OPEC) gegründet und wird von diesen auch bis heute getragen, wenngleich er mit der ebenfalls in Wien sitzenden Ölkartellverwaltung nicht direkt verbunden ist. Der OPEC Fund ist eine eigenständige Entwicklungsbank mit zuletzt rund 200 Mitarbeiter\*innen, die vor allem Infrastrukturprojekte in Schwellen- und Entwicklungsländern fördert und finanziert. Saudi-Arabien ist der größte Kapitalgeber.

Das Nachrichtenmagazin „profil“ hat im August 2022, basierend auf Interviews mit sieben Ex-Mitarbeiter\*innen unterschiedlicher Nationalität, ein Klima zunehmender religiöser Intoleranz, Willkür und Ohnmacht in Fällen von Mobbing, Diskriminierung und sexueller Belästigung aufgezeigt. Mitarbeiter\*innen beim OPEC Fund – zu einem Drittel Österreicher\*innen – verdienen sehr gut, aber der Fonds unterliegt wegen seines Status als internationale Organisation nicht dem österreichischen Arbeitsrecht, und Fälle von Diskriminierung können daher nicht vor österreichische Instanzen gebracht werden. Interne Beschwerde-Mechanismen scheinen nicht zu greifen – ein erschreckendes Sittenbild aus dem Reich der „Petro-Dollars gegen die Armut“.

Im profil-Artikel wird auch auf die „verzwickten“ österreichisch-saudischen Beziehungen (Konferenzzentrum, KAICIID) eingegangen. (CT)

Nikbakhsh, Michael und Tschinderle, Franziska (11.8.2022): [Diskriminierung, Mobbing, sexuelle Belästigung: Die Akte OPEC Fund](#)

## USA/Kanada: Erdöl- und Gasförderung zulasten indigener Communities, Frauen\*

Die Industrie für fossile Brennstoffe verschmutzt nicht nur Luft, Wasser und Böden, sondern schwächt bereits marginalisierte Gruppen. Die Aktivitäten im Bereich der fossilen Brennstoff-Nutzung finden vermehrt in der Nähe von Gemeinschaften von „People of Color“ oder auf oder in der Nähe von indigenem Land statt.

Erfahrungsberichte von Frauen in den USA und Teilen Kanadas zeigen die negativen Auswirkungen auf ihre Gesundheit, Sicherheit und Menschenrechte. Ihre Sicherheit wird insbesondere durch die sogenannten „Man camps“ bedroht. Das sind Orte, an denen Männer vorübergehend zum Beispiel für den Bau von Pipelines untergebracht werden. Diese „Man camps“ wurden vermehrt mit Sicherheitsbedrohungen und Übergriffe gegen indigene Frauen und Mädchen in Verbindung gebracht. Die sexuelle Gewalt gegen Frauen und Mädchen in der Nähe der „Man Camps“ ist eine klare Verletzung der Menschenrechte.

Ein weiteres Beispiel für Menschenrechtsverletzungen durch fossile Brennstoff-Projekte ist die von *Enbridge* geplante Pipeline „Line 5“, die durch indigene Gebiete verlaufen soll, in denen zahlreiche indigene Völker dem Bau nicht zugestimmt haben. Finanzinstitute wie *Vanguard*, *BlackRock* oder *Bank of America* unterstützen Unternehmen der fossilen Brennstoffenergie und tragen somit eine Verantwortung gegenüber Mensch und Klima. Indem sie weiterhin Unternehmen finanzieren und in fossile Brennstoffe investieren, die zusammengenommen die größten Treibhausgasemittenten der Welt sind, halten sie sich nicht an das globale Klimaabkommen und verletzen Menschenrechte. Im Kampf gegen diese Ungerechtigkeiten und dem Einsatz für eine saubere Energiewirtschaft sind Frauen besonders engagiert. Kanahus Manuel, ein Mitglied der *Secwepemc Women Warriors* und indigene Landverteidigerin in British Columbia, spricht über die Verbindung zwischen der Verteidigung des Landes durch indigene Mütter und der Verteidigung ihrer Kinder: “When they are destroying the water, it is like they are destroying our children. And we’re not going to let them destroy our children or kill our children or kill our water. We’re going to stand up. And it is going to take the women and the mothers because of that sacred connection that we have with the children and the nation. We birthed the nation.” (CS)

Als eine der Schlussfolgerungen aus ihrem Report fordert das *Women’s Earth and Climate Action Network* den dringenden Ausstieg von Finanzinstitutionen aus der Finanzierung von fossiler Energie.

Women’s Earth and Climate Action Network (2022): [Gendered and Race-Based Impacts of the Fossil Fuel Industry](#)

## Frauen\*widerstand gegen Atomtechnologie

Vandana Shiva ist wohl die berühmteste Umweltaktivistin, die sich – selbst Physikerin – von der Atomenergie abwandte, als sie deren katastrophale Gesundheitsfolgen erkannte.

Von Beginn an wurde die Entwicklung der Atomenergie von männlichen Wissenschaftler\*innen angetrieben, in enger Allianz mit militärischen Interessen und Akteuren\*.

Ein Großteil des Urans wird in Gebieten abgebaut, in denen indigene Völker und sehr arme Bevölkerungsgruppen leben, die somit zu den Hauptleidtragenden des Uranbergbaus gehören.

„Es ist davon auszugehen, dass in der näheren Umgebung fast aller Uranminen bis heute schwer missgebildete, nicht lebensfähige Säuglinge zur Welt gebracht werden und dass das Krebsrisiko drastisch erhöht ist. Doch weder Daten zur Gesundheit noch zur Radioaktivität von Luft und Trinkwasser wurden bisher in den Uranbergbaugebieten systematisch erhoben, sodass konkrete Zahlen fehlen“, schreibt die Autorin eines knapp gefassten Papers der Rosa-Luxemburg-Stiftung zu diesem Thema, die Ärztin Angelika Claussen.

2000 wurde eine Studie veröffentlicht, die geschlechtsspezifische Unterschiede der gesundheitlichen Auswirkungen von Radioaktivität nachweist. Es wird geschätzt, dass Frauen ein deutlich erhöhtes, etwa doppelt so hohes relatives Risiko im Hinblick auf eine Tumorentstehung aufweisen, wenn sie radioaktiver Strahlung ausgesetzt waren.

Frauen\* spielen seit langem eine wesentliche Rolle im Widerstand gegen die Atomenergie. In den USA gab es ab den 60er Jahren Frauenproteste gegen Atomwaffentests. In den 80er Jahren spielten Frauen in der Friedens- und Umweltbewegung eine maßgebliche Rolle bei den Protesten gegen die Stationierung von atomaren Mittelstreckenraketen in Europa.

In Ukraine (damals Teil der Sowjetunion) war der Unfall im Kernkraftwerk von Tschernobyl ein Auslöser für Bürger\*innenproteste, die von Journalistinnen, Ärztinnen und Biologinnen wissenschaftlich unterstützt wurden, wie von der ukrainischen Journalistin Alla Jaroshinskaja, die gegen die Vertuschung der Unfallfolgen kämpfte und Daten aus den hoch verstrahlten Gebieten sammelte.



Auch die breiten Anti-Atom-Proteste in Japan nach der Fukushima-Katastrophe von 2011 wurden insbesondere von Frauen\* und Müttern getragen. In den Uran-Abbaugebieten der USA sind indigene Frauen sehr aktiv im Widerstand.

Claussens Fazit: „Millionen Menschen leiden weltweit unter den Folgen der zivilen und militärischen Atomindustrie, die zwei Seiten derselben Medaille sind. Die weibliche Perspektive, die das Menschenrecht auf Leben und Gesundheit betont, und die indigene Perspektive, die das Leben im Einklang mit der Natur hervorhebt, sind die treibenden Kräfte, um dieser Zerstörung Einhalt zu gebieten.“

Das Paper (4 Seiten) ist auf Deutsch und Englisch abrufbar. (CT)

Claussen, Angelika (2019): [Spricht man\(n\) über Uran, bleiben Frauen\\* unsichtbar](#)

Claussen, Angelika (2020): [Uranium is also a feminist issue](#)

## **Klimaschädliches Investitionsschutzabkommen: Energie-Charta-Vertrag**

Der Energiecharta-Vertrag ist ein internationales Investitionsabkommen aus den 1990er Jahren, gültig für 52 Länder sowie für die EU und EURATOM. Im Rahmen dieses Abkommens können ausländische Investoren die Vertragsstaaten verklagen, wenn sie der Meinung sind, dass diese Entscheidungen getroffen haben, die ihren Interessen schaden.

Ein aktuelles Beispiel dafür ist die Klage, die von dem britischen Öl- und Gaskonzern *Rockhopper* gegen Italien eingebracht worden war, wobei Verfahren dieser Art in der Regel vor privaten Schiedsgerichten verhandelt werden, nicht vor öffentlichen Gerichten.

Der Konzern hat im August 2022 von einem Schiedsgericht 250 Millionen Euro „Schadenersatz“ für „entgangene Profite“ zugesprochen bekommen. Der Konzern wollte ein Ölfeld südöstlich vor der Küste von Pescara (Italien) ausbeuten. Das italienische Parlament hatte im 2016 wegen des hohen Erdbebenrisikos und der Angst vor schweren Umweltschäden alle Öl- und Gasaktivitäten in Küstennähe verboten. Die Kosten für die einem Ölkonzern dadurch „entgangenen Profite“ müssen die italienischen Bürger\*innen tragen.

Laut *attac* ist der Energie-Charta-Vertrag „jenes Abkommen, auf dessen Basis bisher die meisten Klagen ausländischer Investoren gegen Staaten geführt wurden. Allein in Europa deckt der Vertrag fossile Infrastrukturen im Wert von 344,6 Milliarden Euro ab.“

Zahlreiche zivilgesellschaftliche Organisationen haben in der Vergangenheit Kritik an diesem Vertrag geübt, weil er den Ausstieg aus fossilen Energien massiv erschwert. Auch der Weltklimarat warnte jüngst davor, dass die im Energie-Charta-Vertrag enthaltene Paralleljustiz für Konzerne schon alleine durch mögliche Klagen eine abschreckende Wirkung auf die Klimapolitik hat.

Angesichts seiner Unvereinbarkeit mit dem Pariser Abkommen und anderen klimapolitischen Maßnahmen hatten sich die ECT-Vertragsparteien 2018 auf eine Überarbeitung geeinigt, die vier Jahre dauerte und im Juni 2022 abgeschlossen wurde; die Änderungen sollen im November beschlossen werden.

Laut der spanischen Ministerin für den ökologischen Übergang, Teresa Ribera, haben die jahrelangen Versuche, den Vertrag in Einklang mit den Pariser Klimazielen zu bringen, jedoch keine Verbesserungen gebracht. Inzwischen haben mehrere Länder haben den Ausstieg aus dem ECT verkündet, neben Spanien auch Polen, die Niederlande, Frankreich und zuletzt Slowenien.

Der ECT ist nicht nur klimaschädlich und teuer, sondern verstößt laut einem vom *Umweltinstitut München* in Auftrag gegebenes Gutachten auch gegen EU-Recht. Fazit: Gerade in Zeiten von Energie- und Klimakrise müssen Regierungen handlungsfähig bleiben.

Paralleljustizen mit Sonderklagerechten für Großinvestoren stehen dem Klimaschutz und der Energiewende im Weg, belasten die Demokratie und kosten wichtige Steuermilliarden. (CT)

attac (14.10.2022): [Klimaschutz: Spanien steigt aus Energiecharta-Vertrag aus. Wann folgt Österreich?](#)

attac (1.9.2022): [250 Millionen Euro: Konzern klagt erfolgreich gegen Verbot von Ölbohrungen](#)

Umweltinstitut München (27.10.2022): [Neues Rechtsgutachten: Energiecharta-Vertrag ist mit EU-Recht unvereinbar!](#)

WIDE (9.12.2019): [Open letter on the Energy Charter Treaty](#)

## Klimaklage gegen Österreich

Im Juni 2022 haben fünf junge Menschen aus verschiedenen Ländern, die Opfer von Klimawandelbedingten Extremwetterereignissen geworden sind, eine Klage beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte gegen elf der Vertragsstaaten eingebracht haben, darunter auch Österreich. Sollte die Klage erfolgreich sein – so hofft attac –, könnte der Gerichtshof erklären, dass die Staaten Hindernisse für mehr Klimaschutz, wie den Energie-Charta-Vertrag, beseitigen müssen. (CT)

attac (21.6.2022): [Klima-Klage gegen Österreich beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte](#)

## EU-Taxonomie: Atomstrom grün?

Die EU-Kommission hat im Februar 2022 Gas- und Atomenergie im Rahmen einer Verordnung („Taxonomie“-Verordnung) als klimafreundliche Energiequellen klassifiziert. Die Verordnung bezieht sich auf die Berichtspflichten von Unternehmen hinsichtlich der ökologischen Nachhaltigkeit ihrer Tätigkeiten. Kritik an diesem Verständnis von Nachhaltigkeit kam von vielen Seiten, wurde jedoch nicht berücksichtigt. Die österreichische Umweltministerin Leonore Gewessler (Grüne) hat deshalb kürzlich vor dem Europäischen Gerichtshof eine Klage gegen die EU-Kommission eingebracht. (CT)

ORF (2.2.2022): [Taxonomie: EU macht Atomkraft offiziell „grün“](#)

ORF (7.10.2022): [Österreich reichte Klage bei EuGH ein](#)  
Wikipedia (2020): [Verordnung \(EU\) 2020/852 \(Taxonomieverordnung\)](#)

## Gendergerechte Energiewende

### Frauen für eine gemeinsame Zukunft: Wege der Transformation

Die Frauen\*-Organisation *Women Engage for a Common Future* (WECF) hat im Vorfeld der diesjährigen Klimakonferenz COP27 eine Publikation herausgebracht, in der sie „klima- und gendergerechte Alternativen zu ineinander verwobenen Krisen“ – so der Untertitel ihrer Publikation „Transformative Pathways“ – vorstellt.

Im Analyseteil geht es um die Kontextualisierung der Klimakrise. Es wird auf das koloniale und Erbe verwiesen und das Konzept von „Entwicklung“ hinterfragt. Ein wichtiges Thema ist auch „Greenwashing“ im Klimadiskurs – dabei wird auch die Zielsetzung von „Net Zero Emissions“ kritisiert.

WECF unterstützt von Frauen\* geleitete Initiativen in den Bereichen Agroökologie und nachhaltige Energie. Anhand konkreter Ansätze wird aufgezeigt, wie klimabezogene Aktionen zugleich gender-transformativ wirken können.

Die Fallbeispiele beziehen sich auf Kolumbien (Müll-Recycling-Frauen\*-Kollektiv in Bogotá), den Senegal (Empowerment von Fischerinnen im Saloum River Delta verbunden mit nachhaltiger Bewirtschaftung der Mangrovenwälder, Zugang zu Solarenergie für die Konservierung von Fisch), Uganda (Kollektiv von Landfrauen für die Versorgung von Haushalten und Gemeinden mit nachhaltiger Energie – in Uganda haben nur 32% der ländlichen Bevölkerung Zugang zu Energie) und Kamerun (Wiederaufforstung und Umweltbildung mit bzw. für Mädchen, die wegen bewaffneter Konflikte als intern Vertriebene leben).

Ja, es gibt Alternativen! Sie basieren auf Inklusion, Würde, sozialer Gerechtigkeit und den Ansätzen der „Care-Economy“ (Sorge-Ökonomie), die in Opposition zu den Interessen von Kapitalakkumulation stehen. Für einen fairen Wandel müssen diverse, insbesondere überlieferte und indigene Formen von Wissen integriert und multiple Formen der Unterdrückung bekämpft werden. Ein ganzes Kapitel „Lessons Learnt“ beschäftigt sich mit Grundsätzen, damit eine – auch gender-gerechte – Energiewende gelingen kann. Partizipation, Empowerment und Solidarität sind gefragt.

Die Publikation ist von feministischen und dekolonialen Analysen ebenso wie vom De-Growth-Gedanken getragen, und sie bezieht sich durchgängig auf die SDGs. Sie richtet sich an alle, die sich für soziale Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit interessieren und für eine klima- und gender-gerechte Transition eintreten. (CT)

WECF (2022): [Transformative Pathways. Climate and gender-just alternatives to intersecting crises](#)

## Chancen für erneuerbare Energie in Afrika

Erneuerbare Energie ist ein Schlüssel zu Afrikas Entwicklung. Sonnen- und Windenergie können Strom ohne Klimaprobleme produzieren.

Das *Energy Research Centre* der *University of Cape Town* führte im Auftrag von der Grassroots-Organisation für Klimaschutz *350Africa.org* und *WoMin*, einer Frauen\*organisation zum Schutz gegen Extraktivismus, eine Studie zum aktuellen Status von erneuerbarer Energie in Afrika durch. Der Bericht dazu bietet für Aktivist\*innen in zehn afrikanischen Ländern einen Überblick mit Ansatzpunkten für den weiteren Ausbau der erneuerbaren Energie in ihren Ländern.

Der Bericht enthält auch Fallstudien und Kommentare für die Auftragsorganisationen und zeigt Afrikas Chance auf, fossile Energiequellen für die Stromproduktion zu überspringen. Er warnt aber auch vor potentiellen Fallstricken der Entwicklung von erneuerbarer Energie, die sich negativ auf die Gemeinden, die davon profitieren sollen, auswirken könnten. Trotzdem stellt die Ausweitung erneuerbarer Energie eine klare Möglichkeit zum Erstarben des Kontinents dar und zeigt Wege für Aktivist\*innen von NGOs wie *WoMin* (<https://womin.africa>) und *We Fight Climate Change* (<https://350africa.org>) auf. (EL)

WoMin (8.9.2020): [Renewable Energy in Africa: An opportunity in a time of crisis](#)

## ActionAid: Partizipation als Schlüssel für eine gerechte Energiewende

Aufbauend auf Analysen und Forderungen einer Bandbreite von zivilgesellschaftlichen Organisationen hat die in UK angesiedelte internationale NGO *ActionAid* Grundsätze für gerechte Übergänge („just transitions“) in der Rohstoffwirtschaft und in der Landwirtschaft entwickelt.

Dabei wird insbesondere darauf eingegangen, wie Prozesse aussehen müssen, damit ein gerechter Wandel stattfinden kann:

- Ungleichheiten müssen bekämpft und nicht verschärft werden;
- Systeme müssen so umgestaltet werden, dass sie für die Menschen, die Natur und das Klima funktionieren;

- Inklusivität und Partizipation müssen gewährleistet sein;
- Energiesysteme müssen von fossilen Brennstoffen auf erneuerbare Energien umgestellt werden.

Da jedoch auch diese stark von der Rohstoffindustrie abhängig sind, müssen die Rechte jener Menschen in den Blick genommen werden, die Gefahr laufen, bei der Energiewende zu kurz zu kommen. Das schließt etwa die Arbeiter\*innen im Kohlebergbau, die ihre Lebensgrundlage verlieren, und Gemeinschaften, die vom verstärkten Abbau von Metallen und Mineralien für erneuerbare Energieträger betroffen sind, ein.

Da der Bergbau häufig mit Landraub, Umweltverschmutzung und geschlechtsspezifischer Gewalt verbunden ist, leiden Frauen\*, junge Menschen und benachteiligte Gemeinschaften im globalen Süden meist am stärksten unter dessen Auswirkungen, und ihre Perspektiven werden von den politischen Entscheidungsträger\*innen ignoriert.

Damit sich Ausbeutungsstrukturen nicht von einem Gebiet in ein anderes verlagern, braucht es integrative Prozesse und umfassende Planungs- und Politikrahmen, die die Bedürfnisse von Arbeitnehmer\*innen, Landwirt\*innen, Frauen\* und Gemeinschaften berücksichtigen. Auf diese Weise können auch Gemeinschaften, die jetzt befürchten, dass die Klimapolitik zu einem Verlust von Arbeitsplätzen und ihrer Lebensgrundlage führen könnte, alternative Einkommensoptionen erarbeiten.

*ActionAid* fordert, dass Arbeitnehmer\*innen, Frauen\* und von Bergbau betroffene Gemeinschaften die Möglichkeit haben müssen, sich zu organisieren, an Entscheidungsfindungen teilnehmen können müssen, um positive Alternativen für ihren Lebensunterhalt finden zu können und Zugang zu sozialer Sicherheit und Ausbildung zu erhalten.

Zugleich müssen strenge verbindliche Vorschriften für einen verantwortungsvollen Bergbau entwickelt und durchgesetzt werden, um hohe Arbeits-, Umwelt- und Sozialstandards zu gewährleisten. (CT)

ActionAid (22.12.2020): [Principles for Just Transitions in Extractives and Agriculture: Shaping energy and food systems that work for women, communities and the climate](#)

## Menschen mit Behinderungen beim Zugang zu Energie berücksichtigen!

In einer neuen Studie der Universität Leeds wurde untersucht, wie Menschen mit Behinderungen in einer Zukunft der Niedrigenergie „zurückgelassen“ werden könnten, da nach ihren Untersuchungen – in Europa – Menschen mit Behinderungen bereits 10 % weniger Energie verbrauchen als Menschen ohne Behinderungen.

Die Untersuchung bezog sich auf die Bereiche Verkehr, Freizeit, Lebensmittel und Gesundheitsdienste und zeigte, dass es nicht die freie Entscheidung von Menschen mit Behinderungen ist, weniger Energie zu verbrauchen, sondern dass dies zu dem Preis geschieht, dass ihre Bedürfnisse nicht erfüllt werden. Weltweite Statistiken zeigen, dass 80% der Menschen mit Behinderungen in Ländern mit niedrigem und mittlerem Einkommen und die meisten von ihnen in Armut leben. Mit einer Prävalenzrate für Behinderung von 19,2% bei Frauen\* und 12% bei Männern\*, können wir uns nur vorstellen, welche Auswirkungen dies auf Menschen mit Behinderungen und insbesondere auf Frauen\* mit Behinderungen weltweit hat.

Die COP26 (2021) war die erste internationale Konferenz über Umweltpolitik und -praxis, an der auch Menschen mit Behinderungen teilnahmen. Menschen mit Behinderungen waren also bis vor kurzem in diesem Bereich weitgehend unsichtbar und ihre besonderen Bedürfnisse oder Herausforderungen werden nicht berücksichtigt. Die Studie beleuchtet diese Bereiche und kann als Ausgangspunkt für Diskussionen über die Einbeziehung von Menschen mit Behinderungen in die Energiepolitik dienen. Das Wichtigste ist jedoch die aktive Einbeziehung von Menschen mit Behinderungen in die Debatten über den Klimawandel und Niedrigenergie, um sicherzustellen, dass niemand zurückgelassen wird.

Gleichzeitig ist gerade eine neue Studie von der *International Disability Alliance* und dem *Disability Inclusive Climate Action Research Programme* herausgekommen, dass Behinderung in den Nationalen Plänen und Strategien der Länder, um das „Paris Agreement“ zu erreichen, systematisch ignoriert wird. Nur 35 der 192 Länder, welche das Paris Agreement unterzeichnet haben, haben Inklusion in ihre Nationalen Pläne (NDCs – Nationally Determined Contributions)

aufgenommen, und nur 45 referenzieren in ihren nationalen Adaptionsplänen auf Menschen mit Behinderung. (JPL)

University of Leeds (2021): [Characterizing the energy use of disabled people in the European Union towards inclusion in the energy transition](#)

DICARP, IDA (June 2022): [Status Report on Disability Inclusion in National Climate Commitments and Policies](#)

## EU: Wer erhält die Einnahmen aus einer CO<sub>2</sub>-Importsteuer?

Als Teil der Maßnahmen im Rahmen des Europäischen „Green Deal“ plant die EU-Kommission höhere CO<sub>2</sub>-Preise, um Druck auf die Industrie zur Umstellung auf klimafreundlichere Produktionsverfahren zu machen. Damit für europäische Hersteller\*innen aus einer CO<sub>2</sub>-Besteuerung jedoch kein Wettbewerbsnachteil beim Export oder Anreiz zur Verlagerung der Produktion entsteht, soll gleichzeitig eine CO<sub>2</sub>-Steuer auf Importe von außerhalb der EU kommen. Diese Steuer wird unter dem Namen „Carbon Border Adjustment Mechanism“ (CBAM) diskutiert; ein konkreter Vorschlag wird derzeit verhandelt.

In einem Brief, initiiert von *Oxfam* und dem VIDC, fordern mehrere NGOs, darunter auch WIDE, dass die Einnahmen aus einem solchen „Klima-Zoll“ nicht an die EU-Mitgliedsstaaten ausgezahlt, sondern für Klimaschutz- und -Anpassungsmaßnahmen in den am wenigsten entwickelten Ländern und kleinen Inselstaaten, die von der Klimakrise besonders betroffen sind, verwendet werden sollen. Damit wäre auch das Argument der BRICS-Staaten, dass es sich um eine protektionistische Maßnahme der EU handle, entkräftet.

Die ärmsten und marginalisierten Menschen im Globalen Süden sind am stärksten von Klimakatastrophen betroffen, während sie die globalen CO<sub>2</sub>-Emissionen am wenigsten verursacht haben. Da die Länder mit höherem Einkommen ihre Verpflichtung zur jährlichen Klimafinanzierung in Höhe von 100 Milliarden Dollar noch nicht erfüllt haben, und der Anpassungsbedarf noch dazu stark ansteigt, ist es wichtig, dass die Unterstützung für Länder mit niedrigerem Einkommen für einen Wandel hin zur Nachhaltigkeit erhöht wird.

Die NGOs fordern daher, dass diese künftigen Zoll-Einnahmen in einen bestehenden internationalen Klimafonds oder einen neuen

europäischen Fonds für internationale Klimaschutzmaßnahmen fließen sollen. Weiters wird ein schnelleres Auslaufen von kostenlosen CO<sub>2</sub>-Emissionszertifikaten an europäische Unternehmen eingemahnt. (CT)

VIDC (18.10.2022): [NGO-Brief zum EU-Klimazoll“ an BM Brunner und BM Gewessler](#)

## Helga Kromp-Kolb: Frieden und Nachhaltigkeit bedingen einander

Helga Kromp-Kolb ist sicher die bekannteste österreichische Klimaforscherin und eine der engagiertesten Wissenschaftlerinnen, die sich mit den Folgen des globalen Klimawandels beschäftigt. Schon in den 70er Jahren, während ihres Meteorologie-Studiums, kam sie mit dem Thema in Berührung.

Bei einer Friedens- und Umweltkonferenz am 19.6.2022 im ÖGB in Wien warnte vor kriegerischen Auseinandersetzungen, ausgelöst durch Wassermangel, Dürre-katastrophen, steigenden Meeresspiegel und anderen Extremereignissen. „Ohne Frieden werden wir keine Nachhaltigkeit erreichen, aber ohne Nachhaltigkeit auch keinen Frieden. Es ist völlig illusorisch, dass wir Frieden erreichen können, wenn wir nicht gleichzeitig ökologische und soziale Nachhaltigkeit erreichen.“

Die Klimakrise erfordert Veränderungen: ins Zentrum stellt sie die dringend notwendige Reduktion des Energie- und Ressourcenverbrauchs.

Helga Kromp-Kolb arbeitet(e) im universitären Bereich im In- und Ausland, an der Zentralanstalt für Meteorologie und Geodynamik und an der Universität für Bodenkultur Wien, war für verschiedene österreichische Bundesregierungen beratend tätig und in zahlreichen Institutionen vertreten. Auch an der Gründung des Climate Change Centers Austria (CCA), einem Netzwerk klimaforschender Einrichtungen und zentrale Anlaufstelle für Forschung, Politik, Medien und Öffentlichkeit für Fragen der Klimaforschung in Österreich, war sie maßgeblich beteiligt.

Unermüdlich kämpft sie dafür, dass die Klimakrise von der Öffentlichkeit verstanden wird. Sie veröffentlicht Bücher zum Thema, in denen sie komplexe wissenschaftliche Zusammenhänge leicht und verständlich darstellt, plädiert für ein Umdenken und erklärt die wirtschaftlichen und sozialen

Auswirkungen extremer Wetterereignisse in den Ländern des Südens, die zum Ausbruch von Hungernöten, Konflikten um Land und Wasser und zu Migration führen. Die Herausforderung besteht für sie darin, innerhalb der ökologisch vorgegebenen Grenzen ein gutes Leben für alle zu ermöglichen, was eine tiefgreifende Transformation der Gesellschaft erfordert. (ES)

Kromp-Kolb, Helga (19.6.2022): [Ökologie, Soziales und Frieden müssen zusammenfinden](#)

## Internationale Akteur\*innen zu Gender & Energie

Weltweit haben sich Akteur\*innen die Umsetzung von Geschlechter- und Klimagerechtigkeit zum Ziel gesetzt und arbeiten dafür an sozialgerechten und ökologischen Lösungen. Im Folgenden findet sich eine Auswahl relevanter Netzwerke und Organisationen, die sich in ihrer Arbeit diesen Themen widmen.

### ENERGIA

ENERGIA ist ein internationales Netzwerk bestehend aus Organisationen und Expert\*innen, das in Afrika und Asien auf gleichberechtigten Zugang zu und Kontrolle über nachhaltiger Energie von Frauen\* und Männern\* des Globalen Südens hinarbeitet. Das seit 1996 agierende Netzwerk arbeitet eng mit den Vereinten Nationen zusammen und ist in folgenden Bereichen tätig: Forschung, Bewusstseinsbildung, Lobby und Advocacy, Gender Mainstreaming, Wissensvermittlung und Vernetzung zwischen Entscheidungsträger\*innen, dem Privatsektor, Organisationen und Expert\*innen. Online gibt es eine Bandbreite an Berichten, wissenschaftlichen Artikeln, Fallstudien, Handbücher und andere Publikationen, die den Zusammenhang von Gender und Energie im Globalen Süden dokumentieren.

<https://www.energia.org/>

### GENDER CC

GENDER CC – *Women for Climate Justice* ist ein globales Netzwerk von Organisationen, Expert\*innen und Aktivist\*innen, die sich mit ihrer Arbeit für Geschlechtergerechtigkeit, Frauen\*rechte und Klimagerechtigkeit

einsetzen. Zu den Tätigkeiten gehören Bewusstseinsbildung und Kompetenzaufbau, Wissensvermittlung, Verstärkung der Zusammenarbeit in Gender- und Klimafragen auf allen Ebenen und Advocacy-Arbeit, um für Geschlechter- und Klimagerechtigkeit einzustehen. Auf ihrer Webseite findet sich eine reichhaltige Sammlung verschiedener Ressource: wissenschaftliche Publikationen, ein Handbuch zur „Gender Assessment and Monitoring of Adaptation and Mitigation“-Methode, Newsletter, Literaturanalysen sowie Audio- und Videomaterial.

<https://www.gendercc.net/home.html>

<https://www.gendercc.net/gender-climate/energy.html>

## GERES

GERES ist eine internationale NGO, die sich seit 1976 in Europa, Afrika und Asien zum Ziel gesetzt hat, Lebensbedingungen zu verbessern und die Klimakrise zu bekämpfen. Geschlechtergerechtigkeit und erneuerbare Energien stehen für die Umsetzung einer sozialen und klimafreundlichen Energiewende im Fokus. Auch GERES stellt auf ihrer Webseite Leitfäden und Studien zur freien Verfügung.

<https://www.geres.eu/en/>

## IRENA

Als zwischenstaatliche Organisation von 168 Mitgliedsstaaten fungiert IRENA unterstützend für die Umsetzung der Energiewende und als Plattform für internationale Kooperation. Unter den laufend wissenschaftlichen und technologiefokussierten Publikationen finden sich auch einzelne Reports zu der Verbindung Gender und Energie.

<https://www.irena.org/>

## UN: Women and Gender Constituency

Seit 2009 vertritt die *Women and Gender Constituency* (WGC) als eine der neun Stakeholdergruppen des Rahmen-Übereinkommens der Vereinten Nationen über Klimaänderungen (*United Nations Framework Convention on Climate Change*, UNFCCC) die Interessen von Frauen\* in internationalen Diskussionen um künftige Lösungen für die Klimakrise.

Die WGC besteht aus 33 zivilgesellschaftlichen Mitgliedsorganisationen mit Schwerpunkten auf Geschlechter- und Klimagerechtigkeit und arbeitet daran, diese Themen auf der

jährlichen UNFCCC Konferenz zu setzen. Somit wird die Teilnahme und Repräsentation von zivilgesellschaftlichen Frauen\*organisationen und Nichtregierungs-organisationen gewährleistet. Jedes Jahr werden datierte Auszeichnungen für „Gender Just Climate Solutions“ (GJCS) an Frauen\* weltweit verliehen. Auf der Website des WGC findet sich auch ein Verzeichnis aller GJCS sowie aufgezeichnete Webinare und Trainings für geschlechtergerechte Klimalösungen.

<https://womengenderclimate.org/>

## WECF

*Women Engage for a Common Future* (WECF) ist ein gemeinnütziges Netzwerk bestehend aus über 150 Frauen\*organisationen und Organisationen der Zivilgesellschaft, die Projekte in 50 Ländern durchführen. WECF widmet sich der Umsetzung klimafreundlicher und sozialgerechter Projekte, sowie der Advocacy und Lobby-Arbeit auf internationaler Ebene. Außerdem veröffentlicht WECF regelmäßig wissenschaftliche Berichte, praktische Handbücher und Artikel zu geschlechtergerechten Klimalösungen.

<https://www.wecf.org/>

## WoMin

WoMin African Alliance ist ein Netzwerk im südlichen Afrika, das Frauen\* im Widerstand gegen die Erosion ihrer Lebensgrundlagen im Kontext von umweltverschmutzendem Bergbau oder Öl- und Gasförderung durch transnationale Unternehmen stärkt. Die Frauen\* von WoMin bestehen auf dem Recht, NEIN zu sagen („The right to say NO“).

Im Oktober 2022 wurde im Vorfeld der Klimakonferenz COP27 ein Treffen mit über 100 Teilnehmer\*innen aus Zentral- und Westafrika in Port Harcourt, im Nigerdelta in Nigeria, abgehalten. Ohne Widerstand keine Klimagerechtigkeit! WoMin ist eines der aktivsten und mobilisierendsten Netzwerke in dieser sowohl von den Umweltschäden durch Extraktivismus als auch den Folgen des Klimawandels betroffenen Weltregion. Auf ihrer Homepage finden sich Reports, basisorientierte Bildungsmaterialien und Videos zu Energie- und Klimagerechtigkeit.

<https://womin.africa/>

<https://womin.africa/african-women-rise-for-climate-justice-now/>

<https://womin.africa/building-power/>

---

## Glossar / Abkürzungen

**GBV** – Gender-based violence – geschlechtsspezifische Gewalt

**BRICS-Staaten** – Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika

**CBAM** – Carbon Border Adjustment Mechanism – (Geplante) CO<sub>2</sub>-Besteuerung von Importen in die EU; Klima-Zoll

**Carbon Credits** – handelbare Zertifikate bzw. Genehmigungen, eine bestimmte Menge Kohlendioxid emittieren zu dürfen

**Carbon Emissions** - CO<sub>2</sub>-Ausstoß

**ECT** – Energy Charter Treaty – Energie-Charta-Vertrag

**European Green Deal** – Selbstverpflichtung der EU aus 2019, bis 2050 klimaneutral zu werden.

**Extraktivismus** – Ausbeutung von Rohstoffen; meist sind Erze (Bergbau) und fossile Rohstoffe wie Öl und Gas gemeint

**FAO** – Food and Agriculture Organisation of the United Nations – Welternährungsorganisation

**Fossile Energie** – aus Kohle, Erdöl oder Erdgas gewonnene Energie

**Fuel Stacking** – Parallele Nutzung von traditioneller und moderner Energie in Haushalten

**OPEC** – Organization of the Petroleum Exporting Countries - Organisation erdölexportierender Länder

**Paris Agreement** – Internationales (UN) Klimaschutzabkommen, beschlossen in Paris 2015

**SDGs** – Sustainable Development Goals – UN-Ziele für nachhaltige Entwicklung (bis 2030)

**UNFCCC** – United Nations Framework Convention on Climate Change – UN-Klima-Rahmenkonvention

**UN WOMEN** – Organisation der Vereinten Nationen für Frauenrechte

**WHO** – World Health Organisation – Weltgesundheitsorganisation

## Gendergerechte Schreibweise

WIDE bemüht sich um eine gendergerechte, inklusive Sprache.

Im vorliegenden WIDE-Update wird der Asterisk \* verwendet:

a) für einen gender-inklusive Plural, der alle Geschlechter umfasst (z.B. „Freund\*innen“), sowie

b) wenn trotz der Bezugnahme auf ein Geschlecht (im Singular oder Plural) Geschlechtervielfalt inkludiert oder hervorgehoben werden soll (Frau\*/Mann\*; Frauen\*/Männer\*; Freundinnen\*/Freunde\*).

Wird hingegen auf binäre Geschlechterrollen und -Normen (Mann/Frau) Bezug genommen, oder bei Verweisen auf Texte (etwa Rechtstexte), die auf einer binären Geschlechterkonstruktion basieren, wird in der Regel kein Asterisk verwendet.

Gefördert durch die



---

## Impressum

WIDE - Entwicklungspolitisches Netzwerk für Frauenrechte und feministische Perspektiven

Margaretenstr. 166/2.Stock/218-221, 1050 Wien , Tel: (++43-1) 317 40 31

[office@wide-netzwerk.at](mailto:office@wide-netzwerk.at) [www.wide-netzwerk.at](http://www.wide-netzwerk.at) ZVR-Zahl: 626905553

**Redaktion:** Paula Friederichsen (PF) und Claudia Thallmayer (CT)

**Mitarbeit:** Eva Lachkovics (EL), Jennifer Pitter-López (JPL), Martina Luger (ML), Carina Scheibreithner (CS), Edith Schnitzer (ES), Tina Wirnsberger (TW)

© WIDE Free use under Creative Commons (cc BY-NC-SA 4.0)

**WIDE-Update 4/2022**, Geschlechtergerechtigkeit und Energie: Für eine sozial-ökologische Energiewende, November 2022

Bestellung und Abbestellung des WIDE-Updates unter: [office@wide-netzwerk.at](mailto:office@wide-netzwerk.at).

Datenschutzerklärung: <https://wide-netzwerk.at/datenschutzhinweise/>